



Verpflichtungserklärung

für Aufträge aller MVV-Gesellschaften (im Folgenden jeweils „Auftraggeber“ genannt), die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) oder dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) bzw. dem Gesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt in Rheinland-Pfalz (Landestariftreuegesetz – LTTG) erfasst werden

- bitte Zutreffendes ankreuzen –

☐ Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom **Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG)** in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an dem mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist und dass das gezahlte Bruttoentgelt mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht; etwaige höhere Branchenmindestlöhne haben Vorrang;

Leistungen werden in Baden-Württemberg erbracht:

☐ Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung gemäß dem LTMG in seiner jeweils aktuellen Fassung ein Bruttoentgelt gezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht;

oder

- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Leistungen werden in Rheinland-Pfalz erbracht:

☐ Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung gemäß dem LTTG in seiner jeweils aktuellen Fassung ein Bruttoentgelt gezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht; dies gilt nicht, wenn ich/wir den Sitz in einem anderen EU-Land haben und beabsichtigen, den Auftrag ausschließlich unter Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitskräfte auszuführen;



- dass ich/wir alle Bestimmungen des LTTG zur Kenntnis genommen habe/n;
- dass ich/wir die Angebote von Nachunternehmern darauf überprüfe/n, ob sie auf Basis des Mindestlohns kalkuliert haben;
- dass ich/wir die Beschäftigten auf die unten genannten Kontrollrechte des Auftraggebers hinweise/n;

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich/wir dem Auftraggeber zur Absicherung der vorgenannten Zusicherungen Einsichts- und Kontrollrechte gewähre/n, die sich auf die Aufzeichnungen über geleistete Arbeitsstunden und hierfür gezahlte Arbeitsentgelte sowie auf die Einsichtnahme in die anonymisierten Lohn- und Gehaltslisten beziehen. Diese Einsichtnahme- und Kontrollrechte zu Gunsten des Auftraggebers werde/n ich/wir auch mit von mir/uns beauftragten Dritten vereinbaren;
- ☐ dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege/n;

oder

- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse(n), dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege/n;
- dass ich mich/wir uns verpflichten, sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen zu Mindestentgelt und Tariftreuepflicht nach dem Gesetz des Landes erfüllen, in dem sie die Leistung erbringen.

Ich bin mir /Wir sind uns bewusst, dass

- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unseren Unternehmen eine Vertragsstrafe in Höhe von 1% des



Auftragswertes für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird; bei mehreren Verstößen beträgt die Summe der Vertragsstrafen max. 5% des Auftragswertes,

- bei einem nachweislichen schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtung aus dieser Erklärung
 - dem Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsabschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - den Auftraggeber im Innenverhältnis von jeglichen Ansprüchen Dritter wegen eines Verstoßes gegen das MiLoG, AEntG, LTTG oder LTMG freistellen werde.

Firmenname Bieter/Auftragnehmer:

Maßnahme/RFQ (Auftragsinhalt):

....., den

.....

Bieter/Auftragnehmer

(Stempel und Unterschrift)